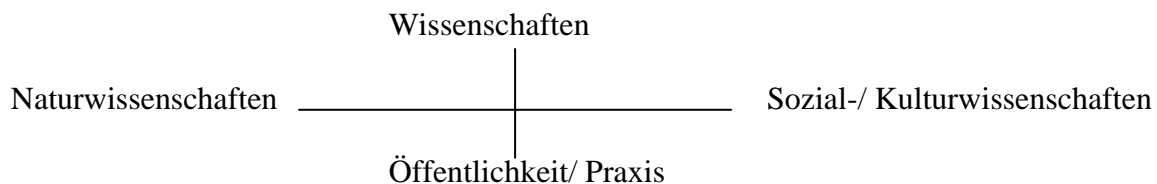


## Soziologische Beiträge zur Klima-Debatte? Ein Diskussionspapier

Die Essener Kulturwissenschaftler Ludger Heidbrink, Claus Leggewie und Harald Welzer (2007) haben in ihrem ZEIT-Aufruf zur Beteiligung der Kultur- und Sozialwissenschaften an der Klimadebatte einen Impuls gesetzt, den Martin Voss (Passau/ Kiel) in die Nachwuchsnetzwerke der Katastrophenforschung und Umweltsoziologie weiter leitete. Ich greife diese Anregungen als Soziologe gerne auf und beteilige mich mit den folgenden Überlegungen an der in den Nachwuchsforen begonnenen Diskussion. Dabei scheint es mir angebracht, zu Beginn die zumindest *doppelte* Aufgabe herauszustellen, die damit gesetzt ist. Es ist damit nämlich sowohl eine Verhältnisbestimmung zwischen Natur- und Sozialwissenschaften als auch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit bzw. Praxis gefordert.



Bevor ich eigene Thesen zu möglichen sozialwissenschaftlichen Positionierungen in der Klimadebatte vortrage, werde ich acht natur- wie sozialwissenschaftliche Debattenbeiträge in aller Kürze vorstellen und kommentieren. Die Auswahl erfolgte dabei pragmatisch und in keiner Hinsicht vollständig. Sie geht zurück auf ein Forschungskolloquium, in dem diese Texte die Grundlage der Diskussion bildeten.<sup>1</sup> Die Texte sind ‚Original‘-Beiträge, das heißt solche, die von prominenten Vertretern ihres Faches geleistet werden bzw. prominente Positionen in der Klimadebatte wiedergeben: Es sind Expertenbeiträge, die ein breiteres Publikum, jenseits eigener Expertenkreise, ansprechen. Sechs Texte, von Sachs/ Santarius (2007) vom Wuppertal-Institut, Rahmstorf/ Schellnhuber (2007) vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Behringer (2007), Reichholf (2007), Schillmeier (2007) und Altvater (2007) erschienen in der Zeitschrift Politische Ökologie (September 2007). Zwei weitere Artikel, Baecker (2007) und eben der genannte Aufruf von Heidbrink u.a. (2007), erschienen in Tages- bzw. Wochenzeitungen. Damit ist ein breites Feld im oben eröffneten Spektrum zwischen Natur- und Sozialwissenschaften sowie Wissenschaften und Öffentlichkeit aufgespannt. Die Foren zwingen die Experten, auf wenigen Seiten ihre Position mehr oder weniger allgemeinverständlich zu verdeutlichen, was wiederum den Vergleich befördert.

### Acht Positionen in der Klimadebatte

Autoren	Inhalt/ Argumentation	Anfragen/ Kritik
Sachs/ Santarius	1 der Umweltraum ist endlich, d.h. es gibt natürliche Grenzen für Gesellschaft; 2 heutige faktische Übernutzung erfordert gesellschaftliche Anpassung; 3 hoher Verursacheranteil der Industrieländer am Klimawandel vs. hauptsächliche Folgeprobleme in armen „Südländern“ => Verteilungskonflikt (Menschenrechte vs. Wohlstandsrechte); Forderung nach Gerechtigkeit: Verursacherprinzip und Pro-Kopf-Nutzungsrechte am Umweltraum; internationale Verhandlungslösungen zwischen Staaten	Wie ist mit Erkenntnisunsicherheit zum Klimawandel umzugehen? Ökologisches Entwicklungsszenario führt zu moralisch-politischer Änderungsforderung: Wer setzt das wie um?

<sup>1</sup> Es handelt sich um ein Forschungskolloquium am Lehrstuhl von Hartmut Rosa, Institut für Soziologie in Jena, 21.11.2007, in dem ich diese Texte und Thesen zur Diskussion stellte. Ich danke den Diskutierenden und entlaste sie zugleich von der Verantwortung für meine Ausführungen, die keine geteilte Auffassung wieder geben.

<i>Rahms- torf/ Schelln- huber</i>	Beispielreiche Präsentation von Bedrohungsszenarien für Lebensbedingungen bei wahrscheinlichen klimatischen Änderungen (Trends): langfristiger Wandel sowie Extremereignisse; Schwierigkeiten direkter kausaler Aussagen, aber: erwarteter Temperaturanstieg verläuft im historischen Vergleich tendenziell stärker und schneller; Klimawandel verstärkt außerdem andere Prozesse der Naturschädigung (z.B. Abholzung); regionale Differenzen in Auswirkungen: für Industriestaaten/ Verursacher sogar Vorteile möglich (z.B. höhere landwirtschaftliche Erträge)	s.o. Sachs/ Santarius
<i>Behring- ger</i>	Langfristiger Wandel im Zuge der Kleinen Eiszeit (seit 14.Jhdt.) überforderte tradierte Lösungsstrategien für kurze ‚schlechte Zeiten‘; religiöse Deutungen führten zu Schuldzuschreibungen (Leprakranke, Muslime, Juden, Hexen) und Verhaltensdisziplinierungen (gegen Luxus, Unmäßigkeit, Rebellion); Aufklärung und Industrialisierung schafften Abhilfe (Erfolgsmodell) mit Hygiene, verbessertem Anbau und Infrastruktur: ‚distanzierten Betrachtungsweisen von Krisen als Verwaltungs-, Verteilungs- oder Versicherungsproblem‘	Autor selbst: unklar, inwiefern Erfahrungen mit den relativ geringen historischen Temperaturänderungen (ca. -1°C) für die Bewältigung heutiger Probleme weiter helfen; Außerdem: Anteil historisch erneuter Temperaturerhöhung am Erfolg? [z.B. Reichhof: ‚Mais und Kartoffeln (...) konnten sich klimabedingt erst Ende des 18. Jahrhunderts etablieren.‘] Inwiefern ‚Erfolgsmodell‘, wenn daraus z.T. gravierendere Folgen resultieren? (u.a. heutiger Klimawandel; andere Formen der Ausgrenzung, Weltkriege etc.)
<i>Reichhof</i>	„Warmzeiten waren historisch meist gute Zeiten. Die Angst vor der Erderwärmung ist unbegründet.“ – historische Beispiele; Klimaschwankungen sind normal und kein Grund zur Besorgnis vor Verlusten; „belastbare Regionalmodelle, aber keine Untergangsszenarien“ als Handlungsgrundlage	Sinn der selbst erklärten „Provokation“: Wen und v.a. wozu? Was heißt ‚gute Zeiten‘? (z.B. die Ausbreitung von Großreichen? Bevölkerungszunahme?) – gut für wen oder was? Welche „Panik vermeiden“? (Gibt es schon zuviel gefährlichen Klima-Aktionismus?)
<i>Schill- meier</i>	Klimawandel stellt europäisches Modernisierungsmodell in Frage, insbesondere die für dieses Modell zentrale Unterscheidung von Natur und Gesellschaft, da Ursachen wie Folgen des Klimawandels nicht eindeutig natürlich oder sozial zuzuschreiben sind; Konsequenzen des Erfolges dieses Modells sind problematischer als dessen Problemlösungen; Wissenschaftliche Problem- statt Disziplinenorientierung gefordert	Soll Unterscheidung Natur/ Gesellschaft grundsätzlich aufgegeben werden oder einzelne „kosmopolitische Ereignisse“/ „Naturen-Kulturen-Netzwerke“ als ‚Drittes‘ anerkannt? „Erzwingt“ der Klimawandel tatsächlich etwas? (das würde heißen: Differenzen „verschwinden“ zwangsläufig ‚von selbst‘) – dann müssten ‚wir‘ aber nichts ändern/ einfordern... Erkenntnis- oder Handlungsproblem? Wer ist (nach Aufgabe der Unterscheidung Natur/ Gesellschaft) das im Text genannte ‚wir/ uns‘ und die ‚Gesellschaft‘, die aufgefördert wird, etwas zu ändern, z.B. „den ausgeschlossenen anderen“ etwas „zurückzugeben“ (statt z.B. selbst etwas zu lernen)?
<i>Altwater</i>	1 Bezugnahme auf Kostenschätzungen zum Klimawandel (Stern-Report, IPCC): Vermeidungskosten deutlich geringer als Folgekosten; 2 qualitative Differenz zwischen heutiger Vermeidung und späterer Folgenbekämpfung: letzteres bedeutet immer auch irreversible Verluste (z.B. ausgestorbene Arten), die nicht zu bezahlen, nicht geldförmig verrechenbar sind (Preis vs. Wert); 3 kapitalistische Ökonomie orientiert sich ohnehin nicht an potenziell erhöhten Kosten, sondern aktuell: aktuell externalisierte Kosten sind aber Gewinne („harte“ Interessen) => Klimaprobleme sind nicht (kapitalistisch) mit Geld zu lösen	Jenseits des Kapitalismus als Ursache nur Andeutungen („fossile Energieträger und industrielle Produktion“): Frage nach <i>relativem</i> Anteil des Kapitalismus am Klimawandel (z.B. gegenüber historischem Sozialismus)? Unspezifische Alternativen: „Dezentralisierung von Arbeit und Leben“, „im Einklang mit den natürlichen Räumen und Zeiten“ – was heißt das, wer bestimmt das und wie?

<i>Baecker</i>	Differenz von Problemerkennntnis und angemessenem Handeln (alle sind sich über das Umweltproblem einig, keiner handelt entsprechend): Einsicht und Moral helfen nicht, weil sie sich – aufgrund gesellschaftlicher Differenzierung – nicht als allgemeinverbindliches Handeln organisieren lassen; Lösung: veränderte Wahrnehmung – Teilsysteme haben „gute Gründe“ in ihrem Sinne zu funktionieren („Ebene erster Ordnung“), was bei Änderungsforderungen berücksichtigt werden muss („Ebene zweiter Ordnung“) => Intervention in Form höchstens von „Moderation“ empfohlen	Wenn Übergang von Erkennen zu Handeln das Problem ist – kann dann verändertes Erkennen die Lösung sein? Kann Moderation massive Interessenkonflikte lösen? Beispiel der Zwergkängurus liegt schief (diese befrieden ihren Streit, indem sie sich nicht mehr gegenseitig ansehen, sondern alle gemeinsam die Umwelt („ein Stück Wiese, ein paar Büsche“) betrachten; will heißen, Blick auf die Umwelt eint und beruhigt): 1 der Blick auf Klimawandel hat nichts Beruhigendes (eher: Kängurus blicken auf ein näher kommendes Buschfeuer – beruhigend?), 2 „alle sehen dasselbe“ – wie (systemtheoretisch) überhaupt möglich? (außerdem: Bezugnahme auf Latour unklar)
<i>Heidbrink/ Leggewie/ Welzer</i>	Aufruf zu kulturwissenschaftlichen Beiträgen zur Klimadebatte: „Körper- und Raumlosigkeit sozial- und kulturwissenschaftlicher Theorien“, „aus der Welt der Diskurse und Systeme zurückfinden zu den Handlungen und Strategien“; Frage nach langfristigem Wandel zu risikobewussten, lernfähigen Umgangsweisen statt Blick auf Extremereignisse; Kulturwissenschaftliche Beiträge: historische Analyse, Zeitdiagnose, individuelles vs. kollektives Handeln, kulturelle Problemdeutungen „Der Klimawandel ist hinsichtlich seiner Genese und der möglichen Projektionen ein Gegenstand der Naturwissenschaften, aber hinsichtlich der Folgen ein Gegenstand der Sozial- und Kulturwissenschaften. Denn seine Folgen sind sozial und kulturell, nichts anderes.“	Tragen Sozialwissenschaften zu wenig bei oder werden sie wenig wahrgenommen? – genauere Analyse naturwissenschaftlicher Dominanz; Arbeitsteilung zwischen Natur- und Kultur-/ Sozialwissenschaft: Erkenntnis bei Naturwissenschaft – Handeln bei Sozialwissenschaften? Haben Sozialwissenschaften gerade beim Klimawandel nichts zur <i>Ursachen</i> analyse beizutragen? Und sind die <i>Folgen</i> nicht auch physische?

### *Thesen: Erkennen, Handeln, Verhandeln!?*

1) Im Verhältnis von Naturwissenschaften und Soziologie (im weiteren Sinne Kultur- und Sozialwissenschaften) besteht weder Anlass zu Unterordnung noch zu Überheblichkeit. Natur- wie Sozialwissenschaften richten sich grundsätzlich ‚beide‘ auf *Ursachen, Folgen und Umgangsweisen* mit dem Klimawandels. Der Unterschied liegt darin, dass Naturwissenschaften die physischen Aspekte zum Gegenstand haben (Temperaturen, Wasserstände, Bebenstärke etc.), während die Soziologie ihre Analysen auf soziokulturelle Aspekte richtet (gesellschaftliche Deutungen, Institutionen, ökonomische Dynamik etc.)

2) Dass es zwischen diesen Gegenstandsbereichen mindestens Wechselwirkungen gibt, ist gerade an der Klimaproblematik offensichtlich (historisch neu ist vor allem die globale Dimension): Wenn einerseits natürliche Entwicklungen soziale Anpassungen erfordern oder Grenzen sozialer Entfaltung bilden (und schließlich menschliches Leben erst ermöglichen), so gilt umgekehrt, dass soziale Prozesse (z.B. ökonomisch-industrielle Dynamik) wesentlich auf die physische Welt einwirken („anthropogene Ursachen“).

3) Ein Theorie-Praxis-Problem haben prinzipiell Natur- und Sozialwissenschaften, da sich (immer reduzierte bzw. abstrahierende) wissenschaftliche Erkenntnis nicht umstandslos anwenden lässt. Ungebremster Anwendungsoptimismus ist ebenso rücksichtslos gegenüber

konkreten Besonderheiten wie ignorant gegenüber theoretischen Grundlagen; theoretisierter Skeptizismus oder Selbstgenügsamkeit verschließt sich drängenden Handlungsproblemen. (Die theoretischen Grundlagen können dabei sowohl auf natur- als auch sozialwissenschaftlicher Seite konstruktivistisch oder substantialistisch/ ‚realistisch‘ sein.)

4) Ein gemeinsames Problem ist deshalb, wie bereits die Diskussion der Beiträge zeigte, die Frage nach dem *Verhältnis von Erkennen und Handeln*. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten:

a) *Verbindungen zwischen dem grundsätzlich Getrennten schaffen*: Hierfür spricht, dass damit eine unabhängige Beobachtungs- und Reflexionsinstanz erhalten wird. Auf Seiten des Erkennens wird Handlungsdruck genommen – und gerade dadurch werden (potenziell) alternative Sichtweisen und Handlungsoptionen ermöglicht. Auf Seiten des Handelns wird man nicht ständig durch Fragen irritiert und aufgehalten. Nachteil: Es bleibt immer ein Übersetzungs-/Anwendungsproblem bestehen, weil Wissenschaft dann eben per definitionem unpraktisch ist. Deshalb könnte es auch attraktiv sein, die Differenz prinzipiell zu überwinden...

b) *Differenzen auflösen*: Ergebnisse werden in den Naturwissenschaften wie den Sozialwissenschaften, aber auch gesellschaftlich grundsätzlich *ausgehandelt* (in sehr weitem Sinne von Diskurs bis Krieg). Damit verschieben sich die Fragen, ob es unterschiedliche Wissenschaften (Natur- vs. Sozial-) gibt und ob man die Kluft zwischen Erkennen und Handeln überwinden kann dahingehend, wie die (Konstruktions-) Verhandlungsprozesse aussehen, wer oder was wie und woran beteiligt ist und ob es dabei *demokratisch* zugeht.

Ein besonderer Vorzug dieses ‚Verhandlungsparadigmas‘, welches ich insbesondere mit Latours ‚Parlament der Dinge‘ verbinde, ist es, dass man hilfreiche Unterscheidungen wieder setzen und damit arbeiten kann (z.B. die zwischen Subjekt/ Objekt, Natur/ Gesellschaft, vgl. Latour 2001); man darf die Setzung als solche nur nicht wieder ‚vergessen‘.

Eine idealtypologische Übersicht:

	<b>Erkennen &gt;</b>	<b>&gt; Verbinden &lt;</b>	<b>&lt; Handeln</b>	<b>&gt; Auflösen &lt;</b>
<b>Wissenschafts-Paradigma</b>	Konstruktivismus	i.d.R. ungeklärt	Realismus	‚Verhandlung‘ (Prozeduralität)
<b>Theorie-Praxis</b>	Grundlagen	Additive Inter-/ Transdisziplinarität	Anwendung	‚demokratische‘ Verfahren
<b>Normativität, Kritik</b>	Wertfreiheit	Normative Rahmenkonzepte	(politische) Vorgaben/ Auftraggeber	(kritische) Methodologie
<b>Beispiel</b>		„Fair Future“		
<b>Öffentlichkeit</b>	Abstinenz	Qualifizierte Intervention	Intervention	Politische Ökologie

Diese idealtypologisch gedachten Unterscheidungen zum Problem Erkennen und/ oder Handeln lassen sich anhand oben diskutierter Beiträge erläutern, wohl wissend dass diese kurzen, für die Publikationsforen zugeschnittenen Artikel eine begrenzte Funktion und Ausarbeitung wiedergeben. Am nächsten der ‚reinen‘ *Erkenntnisposition* findet sich der Beitrag Baeckers, da er vor allem für veränderte Wahrnehmung und minimale Intervention eintritt. Da damit, wenn man so will, auch eine Handlungsempfehlung gegeben wird, nämlich die, möglichst wenig zu tun, ist die Differenz zur *Handlungsposition* gar nicht so deutlich, wie sie auf den ersten Blick scheint. Am nächsten dort ist der Artikel von Reichholf zu sehen, der letztlich genau diese negative (im Sinne von *Nicht-Handeln*) Option vorträgt. Dies ist offensichtlich wesentlich in der gewählten rhetorischen Figur der ‚Provokation‘ begründet.

Die *Verbindung* zwischen Erkennen und Handeln sehe ich in besonderer Weise bei Sachs/Santarius realisiert. Unter dem normativen Rahmen der Menschenrechtsidee werden naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu Gerechtigkeits- und politischen Fragen in Beziehung gesetzt. Mit der zugrunde liegenden Arbeit „Fair Future“ des Wuppertal Institut (Hg. 2005) und deren zusätzlicher Publikation in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung wurde außerdem ein wichtiger Schritt in die öffentliche Debatte unternommen.

Für die Verhandlungsposition (*Auflösen*) ist sicherlich der Beitrag von Schillmeier, der Latoursche Argumentationen stark macht, ein Kandidat. Allerdings werden dafür die im Titel herausgestellten „Turbulenzen“ hier zu sehr hervorgehoben. Das heißt es wird die Bedeutung der Auflösung bestimmter Unterscheidungen betont. Zu einer vollständigen Verhandlung gehört allerdings zwingend mehr dazu. Es müssen insbesondere zwei Erkenntnisse, die Latour in „Das Parlament der Dinge“ entwickelt, ernst genommen werden. Erstens gibt es in diesem „Parlament“, also in den Verhandlungen, neben der einbeziehenden auch eine ordnende Gewalt: Gefragt sind nicht nur die Auflösung von Unterscheidungen und die Vermehrung der Diffusitäten, sondern es müssen genauso neue Angebote gemacht, Zusammenhänge hergestellt, Unterscheidungen getroffen und der Bewährung ausgesetzt werden. Zweitens sind nicht etwa die Wissenschaften für die Konfusion und Hinterfragung zuständig, während etwa Politik oder allgemein Praxis die Unterscheidungen trifft und verwendet. Vielmehr sind alle „Berufsstände“, wie es bei Latour heißt, für *alle* Aufgaben im Verhandlungsprozess – von der Hinterfragung bis zur Neuordnung - zuständig, auch die Wissenschaften.

„Verhandlung“ zum integrierenden Bezugspunkt zu machen hat im Übrigen nichts Idealisierendes oder Beliebigenes. Gestritten werden kann grundsätzlich auch auf kriegerische Weise. Zur Verhandlung gehören immer die Fragen danach, wer daran beteiligt, wer ausgeschlossen wird, wie sich Machtgefälle auf den Verhandlungsverlauf auswirken, welche Verfahrensformen etabliert werden können, wie demokratisch sie sind beziehungsweise genutzt werden und schließlich wie legitim und wirkmächtig Verhandlungen und deren Ergebnisse ‚verrechtlicht‘ und durchgesetzt werden können. Da Latour ein allgemeines Verfahrensmodell für – der Möglichkeit nach – umfassend demokratische Prozessverläufe anbietet, lässt sich dieses besondere Verhandlungsmodell des „Parlamentes der Dinge“ als ein *prozedurales* Konzept bezeichnen. Damit wird vielleicht noch deutlicher, dass es nicht um Beliebigkeit geht. Auch wenn das Verhandlungskonzept besagt, dass Ergebnisse immer verhandelt sind, also prinzipiell neu verhandelt werden können, ist dies doch eine sehr abstrakte Aussage. Sie hat als methodologische Kontingenzunterstellung hohen Wert.<sup>2</sup> Demgegenüber muss aber betont werden, dass tatsächliche Verhandlungen konsequenzenreich sind, in einem prinzipiellen Sinne vielleicht sogar immer irreversibel.

Auch die Abgrenzung zwischen Verbinden und Auflösen ist eine idealtypologische und wird sich nicht immer eindeutig treffen lassen. Zieht man etwa zusätzlich zum Artikel von Sachs/Santarius die genannte Arbeit „Fair Future“ (Wuppertal Institut (Hg.) 2005) heran, so nehmen politische und rechtliche Aspekte dort einen sehr viel umfassenderen Stellenwert ein.<sup>3</sup> Da

---

<sup>2</sup> Ich habe mich bislang vor allem mit den methodologischen Aspekten und Konsequenzen eines solchen prozeduralen Konzepts befasst (vgl. Lorenz 2007a, b). Dabei werden methodologische Bezüge zur qualitativen Sozialforschung ebenso hergestellt wie etwa zu Habermas oder Boltanski/ Chiapello.

<sup>3</sup> Ich halte diese wichtige Arbeit politischer Ökologie (im weiteren Sinne) also keineswegs bloß für ein Gegenbeispiel zum Verhandlungsansatz, den ich hier betone und zu dem ich (s.o.) selber arbeite. Die Aussage ist eher: *wenn* im Sinne von Verbinden, dann müsste man es ungefähr so machen. Das soll umgekehrt nicht heißen, dass es an dieser Studie (in sozialwissenschaftlicher Hinsicht) nicht einiges zu kritisieren gäbe, bis in die grundlegende Begrifflichkeit hinein. So ist m.E. der zentral stark gemachte Begriff der *Ressourcengerechtigkeit* eher irritierend. Die Argumentation, die man in „Fair Future“ lesen kann, lässt sich etwa so konzentrieren: 1 die natürlichen Ressourcen sind endlich; 2 bevor diese Endlichkeit zum drängendsten Problem wird, wird der Ressourcenverbrauch bereits die natürlichen Lebensbedingungen (die „Gastlichkeit“) zerstört haben; 3 bevor die Lebensbedingungen für *alle* ungastlich werden, werden sie es für *einige*. Deshalb sind ökologische Gerechtigkeitsfragen

auch im Verhandlungstypus Unterscheidungen und Festlegungen getroffen werden müssen, ist die Differenz letztlich vielleicht nur die, dass die Unterscheidungsprozesse transparenter gehalten werden. Möglicherweise ist es häufig ‚nur‘, wie Latour (2001) postuliert, die *theoretische* Fassung der politischen Ökologie, die ‚Verhandlungssprache‘ wenn man so will, die einer durchaus häufiger bereits anzutreffenden ökologischen Praxis noch fehlt.

### *Schluss: Sozialwissenschaftliche Beförderung einer Demokratisierung der Klimadebatte*

Ich habe einige Beiträge zur Klimadebatte - zwischen Natur- und Sozialwissenschaften einerseits, Wissenschaften und Öffentlichkeiten andererseits – diskutiert, die unterschiedliche Positionierungen erkennen ließen. Zu der aus dieser Diskussion zentral resultierenden Frage nach Erkennen versus Handeln habe ich vier typische Optionen herausgestellt. Damit ist eine Orientierung angeboten, Positionierungen zu unterscheiden oder selbst einzunehmen. Entsprechend wird dann die Beantwortung der Frage nach sozialwissenschaftlichen Beiträgen zur Klimadebatte ausfallen.

Den Vorzug des Verhandlungs-Konzepts sehe ich darin, grundlegend *mögliche* Verbindungen aufzeigen zu können, sowohl zwischen Natur- und Sozialwissenschaften als auch zwischen Wissenschaften und deren Beteiligung an der Bearbeitung der Klimaproblematik als Handlungsproblem. Damit sollen keineswegs alle Differenzen einfach aufgegeben werden, sie sollen nur nicht als unüberbrückbare Gegensätze festgeschrieben werden. Dann könnte eine kooperative Problembearbeitung gelingen. Der besondere Beitrag der Sozialwissenschaften – disziplinär und transdisziplinär - wird dann darin liegen, die Verhandlungsprozesse selbst transparenter zu machen und deren Demokratisierung zu befördern: Rekonstruktion von Verhandlungspositionen, Interessenkonflikten, Verfahrensverläufen, Legitimitätsansprüchen; Umsetzungs- und Demokratisierungsvorschläge; Folgenabschätzung, Entwicklungsoptionen, Beteiligungsmöglichkeiten.

- Altvater, Elmar 2007: Im Bann des Geldfetischs. Klimapolitik und Kapitalismus. In: Politische Ökologie 106/107: 41-44
- Baecker, Dirk 2007: Die große Moderation des Klimawandels. In: die tageszeitung vom 17.2.1007 ([www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/02/17/a0227&type=98](http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/02/17/a0227&type=98), Nov. 2007)
- Behringer, Wolfgang 2007: Den strafenden Wettergott besänftigen. Kulturgeschichte des Klimas. In: Politische Ökologie 106/107: 25-26
- Heidbrink, Ludger/ Leggewie, Claus/ Welzer, Harald 2007: Von der Natur- zur sozialen Katastrophe. Wo bleibt der Beitrag der Kulturwissenschaften zur Klima-Debatte? Ein Aufruf. In: DIE ZEIT 45 vom 1.11.2007 (<http://www.zeit.de/2007/45/U-Klimakultur>, Nov. 2007)
- Latour, Bruno 2001: Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie. Frankfurt a.M.
- Lorenz, Stephan 2007a: Fallrekonstruktionen, Netzwerkanalysen und die Perspektiven einer prozeduralen Methodologie [41 Absätze]. In: Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research, 9 (1), Art. 10, <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-08/08-1-10-d.htm>
- Lorenz, Stephan 2007b: Von der Akteur-Netzwerk-Theorie zur prozeduralen Methodologie. (Vorläufige Fassung unter [www.soz.uni-frankfurt.de/Netzwerktagung/ProgrammNeuesParadigma.html](http://www.soz.uni-frankfurt.de/Netzwerktagung/ProgrammNeuesParadigma.html), Nov. 2007)
- Politische Ökologie 106/107 (September 2007): Klimawandel. Gerechtigkeit im Treibhaus. München.
- Rahmstorf, Stefan/ Schellnhuber, Hans Joachim 2007: Die Vorboten ernst nehmen. Klimawandel und die Folgen. In: Politische Ökologie 106/107: 16-20
- Reichholf, Josef H. 2007: Prima Klima. Warum Warmzeiten die guten Zeiten sind. In: Politische Ökologie 106/107: 27-28
- Sachs, Wolfgang/ Santarius, Tilman 2007: Ein Menschenrecht auf Klimaschutz. Globale Gerechtigkeit. In: Politische Ökologie 106/107: 11-14
- Schillmeier, Michael 2007: Riskante Routinen. Die Weltgesellschaft in Klimaturbulenzen. In: Politische Ökologie 106/107: 30-33
- Wuppertal Institut (Hg.) 2005: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München

---

im Grunde wichtiger als Ressourcenknappheit. ‚Ressourcengerechtigkeit‘ lässt aber immer die verkürzte Ressourcenfrage in den Vordergrund rücken: wer bekommt wieviel vom knappen Gut ab?